



Seppi Wais und Ecki Ströbel vom Tagblatt haben den Wahlkampf gegen die Linken eröffnet.

Der trauernde Hinterbliebene aus der Russ-Scherer-Ära, Redakteur Wais, und sein Chef Ströbel, ein Buberl-Freund des grünen Bundestagsabgeordneten Hermann, spucken seit Jahr und Tag Gift und Galle gegen die linke Konkurrenz. Begonnen hat die Intimfeindschaft, als Anton Brenner vor 10 Jahren unter dem Titel „Turnschuhe zu Springerstiefel“ gegen den Serbien-Krieg der Grünen und des SPD-Oberkommandierenden Scharping / Graf Pilati polemisierte und mit Ströbel eine Woche verhandeln musste, bevor der Leserbrief überhaupt abgedruckt wurde. Der Leserbrief endete damals: „Gott sei Dank hat Oskar Lafontaine den Sauladen verlassen“. Inzwischen erklärt sogar Helmut Schmidt, der Krieg sei ein Fehler gewesen. Ströbel und Wais hocken aber immer noch in ihren Schützengräben und ließen jetzt eine arme Jungredakteurin völlig inhaltsleeren Stuss zu der Gemeinderatsdebatte über den Mietspiegel schreiben. Hier die vollständige Leserbrief-Antwort von Anton Brenner (das Fettgedruckte wurde natürlich gekürzt).

Na ja, bei diesem Versuch des Tagblatts, über die Mietspiegeldebatte auf Big Brother-Niveau zu berichten, hätte Dieter Bohlen den Daumen nach unten gehalten. Es geht darum, ob Tübingen ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Mietniveaus einen Mieterhöhungs-spiegel beschließt. Eine gewisse Tradition hätte dies: Auf dem Höhepunkt der Neuen-Markt-Blase ein Technologiezentrum bauen. Wenn überall schon die Berater zum Teufel gejagt werden, mit Artur Anderson einen Verwaltungsreform- und Leitbildzirkus veranstalten. Und zur dumpf-deutsch-grünen Regelungswut passt es auch: Satellitenvermessung jedes Gartens durch die „gesplittete Abwassergebühr“, Stadtsheriffs rund um die Uhr und in alle Außenbezirke. In Freiburg führte dies zu einer Abspaltung von den repressiv Grünen mit Begründungen wie: „Repression siegte über Toleranz“, man kann die „städtischen Probleme nicht mit Verbotsorgien lösen“. Warum verschweigt das Tagblatt, dass sich die angeblichen Vorteile für Hartz IV-Bezieher in Luft aufgelöst haben? Dass Palmer den Mietspiegel nur einmalig will, damit nicht nur die GWG besser erhöhen kann? Nach vier Jahren ist Schluss mit Rechtssicherheit, mit der der SPD-Mieterverein billiger beraten kann. Von mir aus kann in vier Jahren wieder über einen Mietspiegel diskutiert werden: Wenn die Stadt massiv Sozialwohnungen gebaut hat und bezahlbare Wohnungen auf dem Egeria-Gelände und auf der oberen Viehweide den Wohnungsmarkt entspannt haben.

SPD und Grüne wollen Arbeitslose als Kampftruppe für Mieterhöhungen über einen Mietspiegel einspannen. Ohne uns. Der Vertagungsantrag der Linken vom 23. März 2009:

Vor einer Entscheidung über die Einführung eines Mietspiegels sind die bislang noch ungeklärten Fragen und neue Fragen, die in der Debatte aufgeworfen wurden, zu diskutieren und zu lösen.

1. Gerichtlich anerkannt ist nur ein qualifizierter Mietspiegel. Dieser muss nach zwei Jahren festgeschrieben werden und alle vier Jahre neu erhoben werden. In der Debatte im Verwaltungsausschuss (16.03.2009) erklärte der Oberbürgermeister, es solle nur jetzt ein qualifizierter Mietspiegel erstellt werden, in vier Jahren sei er dann gegen einen erneuten qualifizierten Mietspiegel. Damit haben sich die Voraussetzungen, insbesondere was die Rechtssicherheit angeht, erledigt.
2. Nach § 558 BGB fließen nach vier Jahren in eine Neufassung des Mietspiegels nur Mietverhältnisse ein, die in den letzten vier Jahren neu abgeschlossen wurden, bzw. bei denen in den letzten vier Jahren die Miethöhe neu festgelegt wurde. Deshalb hat z.B. in Freiburg der Mietspiegel nur „Unfrieden, Unsicherheit und Streit“ (Linke Freiburg) produziert. Dies wurde bislang nicht diskutiert. Solange das Bundesgesetz nicht geändert wird, ist der Mietspiegel nur ein Mieterhöhungs-Spiegel.
3. In der Vorlage 100/2009 „Wohnen und soziale Hilfen“ stehen als Argumente für den Mietspiegel: „Hilfsempfänger haben es leichter, in Tübingen eine angemessene Wohnung zu finden. Hartz IV-Empfänger, die zum Wohnungswechsel aufgefordert werden, können evtl. in ihrer Wohnung bleiben.“ (S. 16) Und weiter: „Mögliche Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt: Allgemein Mieterhöhungen, insbesondere bei Wohnraum, der bislang unterhalb der Werte des Mietspiegels vermietet wurde.“ (S. 17) Damit werden die beiden am meisten bedürftige Gruppen gegeneinander ausgespielt: Die Leistungsempfänger, deren Miete voll bezahlt wird, sollen für einen Mietspiegel wegen der Mieterhöhung sein. Und die Mieter, die ihre Wohnung gerade noch bezahlen können, sollen mehr bezahlen. So werden die „working poor“ geradezu gegen die Hartz IV-Leistungsempfänger aufgehetzt. Dies stört den sozialen Frieden in der Stadt.
4. Im Verwaltungsausschuss wurde diese Vorlage 100/2009, die den Sozialausschuss für den Mietspiegel einstimmen sollte, teilweise zurückgezo-

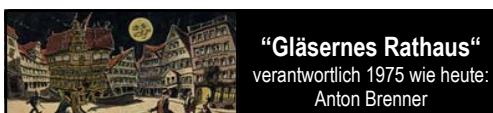
gen. Insbesondere die Seite 15 stellt eine grobe Irreführung dar. Hier werden die „tatsächlichen Mieten“ den „bisherigen Mietobergrenzen“ gegenübergestellt. Tatsächlich stehen die neuen Mietobergrenzen der Stufe VI den alten der Stufe V gegenüber. Mit den neuen Mietobergrenzen sind die meisten Probleme der Hartz IV-Leistungsempfänger gelöst. Laut Gerichtsurteil sind die Mietobergrenzen nicht mehr alleiniges Kriterium. Aber doch nur in dem Sinne, dass im Einzelfall auch eine höhere Miete als die der neuen Stufe VI übernommen werden kann. Das Sozialamt macht aber den Leistungsempfängern Angst, es könnten damit auch niedrigere Standards begründet werden. Das ist Unfug.

5. Wenn wir heute einen Mietspiegel beschließen, kaufen wir die Katze im Sack. Über die Kosten gibt es unterschiedliche Schätzungen (von 65 000 bis zum Mehrfachen). Zumindest sollte vor einem Beschluss ein Kostenvorschlag eingeholt werden.

6. Wir sind nicht grundsätzlich und nicht überall gegen einen Mietspiegel. Die genannten Unklarheiten bewegen uns dazu, diese Vertagung zu beantragen und bei Nicht-Vertagung dem Antrag auf einen Mietspiegel, so wie er ist, nicht zuzustimmen. Wenn Grüne und SPD vernünftig sind, stimmen sie diesem Vertagungsantrag zu. Sonst wird der Mietspiegel-Antrag eben abgelehnt.

**Vertagung auf vier Jahre,
nicht auf vier Wochen**

Soweit unser Vertagungsantrag, der dann mit den Stimmen von rot-rot-grün angenommen wurde. Oberbürgermeister Palmer will denselben Antrag jetzt am 27. April nochmals zur Abstimmung stellen und die bekannten Stellungnahmen zuvor am 24. April öffentlich vortragen lassen. Damit verkennet er unseren Antrag. Die strittigen Fragen sind allenfalls in einigen Jahren zu lösen. Die Stadt unternimmt jetzt endlich Anstrengungen, die Wohnungsfrage anzugehen. Es fehlen 3000 Wohnungen. 80 bis 160 Sozialwohnungen sind in Planung, wie am 23. 03. 2009 gegen 22.45 Uhr noch im nichtöffentlichen Teil vorgestellt wurde. Das kann nur ein Anfang sein. Sollte sich die Lage auf dem Tübinger Wohnungsmarkt durch diese und auch andere von uns vorgeschlagene Maßnahmen (bei allen Bauprojekten ein Drittel Sozialwohnungen vorschreiben) entspannen, können auch wir für einen Mietspiegel sein. Vorher nicht.



„Gläsernes Rathaus“
verantwortlich 1975 wie heute:
Anton Brenner